

Kriegs- und Zwischenkriegszeit in Baden und Waldshut: Vom Auf- und Abbau des Wohlfahrtsstaates

von Jürgen Bödeker

A. „Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich euch entgegen.“ (22)

1892 sprach Wilhelm II. diese Worte. Nicht nur von einem Großteil der Presse wurde er dafür kritisiert, nein, der Verlauf der Geschichte sollte sein Zitat widerlegen. Die führende politische Rolle, die Bismarck zugekommen war, beanspruchte der Kaiser nun für sich. Er sah sich innenpolitischen Spannungen ausgesetzt. Während die konservative grundbesitzende Aristokratie in der Armee und in den staatlichen Organen auf ihren Rechten beharrte, drängten Mittelklasse, Frauen- und Arbeiterbewegung auf demokratischen Fortschritt. Diesen Spannungen wollte der Kaiser mit einem Fortschrittsglauben, mit Technikbegeisterung und deutscher Weltgeltung entgegenwirken (6). Der weitere Ausbau der von Bismarck eingeführten Sozialgesetzgebung verfolgte ebenfalls das Ziel, soziale Spannungen abzubauen und die Arbeiterschaft von ihrer Hinwendung zur Sozialdemokratie abzubringen. So untersagte das Arbeiterschutzgesetz von 1891 für Kinder unter 13 Jahren die Arbeit in Fabriken, auch die Sonntagsarbeit war ihnen verboten. Jugendliche bis 16 Jahre durften höchstens zehn Stunden, Frauen höchstens elf Stunden täglich arbeiten. Invalidenrente und Krankenschutz wurden verbessert. Die soziale Frage wandelte sich von einer reinen Arbeiter- zu einer Arbeitnehmerfrage (20). In der Folge wurden 1911 die Reichsversicherungsordnung und die Sozialversicherung für Angestellte verabschiedet. Die Leistungen bei Berufsunfähigkeit, in der Altersversorgung und die Grundsicherung für Witwen und Waisen wurden verbessert (20). Seit 1903 hatte bereits ein Beschäftigungsverbot für schulpflichtige Kinder in der Heimarbeit gegolten, hatten diese doch teilweise bis in die Nacht hinein arbeiten müssen (14). Auf dem Land blieb das Verbot aber brüchig. Beispielhaft sind die Schilderungen von M. Senger über ihre Großeltern und deren Kinder im Südschwarzwald. Die Großeltern waren 1876 und 1884 geboren worden. Sie waren Tagelöhner, hatten acht Kinder zu ernähren, was für die beiden nur durch Ausübung von siebzehn parallel ausgeübten Nebenverdiensten möglich war. Die Kinder trugen als Hirtenbuben, durch Wald- und Feldarbeit und als Jagdtreiber zum Lebensunterhalt bei (39). Bargeld erhielt die Familie praktisch nicht, ihre Arbeit wurde weitgehend mit Naturalien entlohnt. So stellten die Bauern pachtfreies Land zum Anbau von Gemüse und Kartoffeln zur Verfügung und lieferten Gerätschaft und Mist für die geleistete Arbeit (39). Vom Staat war wenig Unterstützung zu erwarten. Die Behörden hatten das Bestreben, sich schadlos zu halten. Als die Großmutter mit zwanzig Jahren geheiratet hatte, brachte sie zwei uneheliche Kinder in die Ehe ein. Nicht ungewöhnlich, lag doch die Rate der unehelichen Kinder im Großherzogtum über zehn Prozent. In der öffentlichen Einstellung zu diesen Kindern wirkte aber nach, dass sie mit Einwilligung des Staates noch einige Jahre zuvor im Südschwarzwald versteigert werden konnten. Es herrschte die Ansicht fort, die in einer Akte des Bezirksamtes Waldshut diesen Kindern gegenüber nachzulesen ist. Die Akte hatte Stellung zu „Entfernung und Abhilfe“ des Problems mit unehelichen Kindern genommen. Es sei doch „trauriger Erbteil unehelicher Kinder, dass sie wieder solche erzeugen“. Betroffene Gemeinden seien gefährdet, sich zu „Bastardkolonien“ zu entwickeln (41). Bettel und Landstreicherei wurden im Großherzogtum Baden weiterhin strafrechtlich geahndet, nicht als Verbrechen, aber als Übertretung. Haft bis zu sechs Wochen konnte ausgesprochen werden. 1899 wurden 4184 diesbezügliche Delikte in Baden bestraft, teils mit Einweisung in Arbeitshäuser. Während 1899 in Konstanz 19 Männer und 5 Frauen in Arbeitshäuser eingewiesen wurden, waren es in dem doch deutlich kleineren Waldshut immerhin knapp die Hälfte, nämlich 8 Männer und eine Frau (18). Die ökonomisierte und erzieherische Wohlfahrtspflege des Staates führte zu Spannungen mit der kirchlichen Armenpflege. Während die evangelische Kirche eine sinnvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden anstrebte, war für die katholische

Kirche die Armenfürsorge tätig ausgeführte Nächstenliebe. Staatlicherseits wurde private Hilfe kritisch gesehen. „Zu viele Helfer und zu wenig Ordnung in der Hütte“ waren die Bedenken (18). Religiös motiviertes Helfen wurde verdächtigt, die Armutprobleme zu verschärfen. Erst nach Gründung des Caritas-Verbandes 1897 in Freiburg trat Entspannung mit der katholischen Kirche ein.

Trotz schwankender Konjunktur zeigte die deutsche Wirtschaft zum Jahrhundertwechsel einen länger anhaltenden Aufschwung. Mit der Wirtschaftsleistung stieg der Wohlstand für die Mehrheit der Bevölkerung. Grundstock dafür waren Maschinenbau, Eisen-, Stahl-, Chemie- und Elektroindustrie. Die Zahl der Großbetriebe und Großbanken nahm schnell zu. Während die Bevölkerung in den ersten fünfzehn Jahren des Jahrhunderts um etwa 20 Prozent wuchs, nahm das deutsche Sozialprodukt um 45 Prozent zu. Vom Anstieg der Reallöhne in der Arbeiterschaft profitierten qualifizierte Arbeiter am meisten. Ihr Lebensstandard entsprach inzwischen dem des Kleinbürgertums. Ungelernte Kräfte dagegen lebten an der Armutsgrenze. Für alle aber galt, das Einkommen des Familienoberhauptes reichte nicht, um die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen. Zumindest die Frauen mussten einer zusätzlichen Arbeit nachgehen. Um die Jahrhundertwende betrug ihr Arbeitstag zwar weiterhin elf Stunden, eine Stunde mehr als für jugendliche Arbeiter. Nachtarbeit war beiden Gruppen aber nicht mehr erlaubt. In der Industrie galt an Sonntagen eine 24-stündige Arbeitsruhe. 1910 betrug die Wochenarbeitszeit noch fünfundfünfzig Stunden. Sieben Prozent der Erwerbstätigen waren Angestellte. Sie waren in Kaufhäusern, Büros und in der Verwaltung tätig, ihr Status blieb aber trotz Einbeziehung in die Sozialversicherung unsicher (29). Die Abwanderung von Arbeitskräften in die Stadt führte auf dem Land zu einem Anwachsen der Gastarbeiterzahlen. Sie kamen aus Polen, Ungarn und Italien. 1914 machten sie 14 Prozent der deutschen Arbeiterschaft aus.

Die Einführung der Sozialversicherung hat leider wenig an den Ursachen der Armut und an der Zusammensetzung der betroffenen Gruppen geändert (14). Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alleinerziehung und Kinderreichtum blieben Risikofaktoren und bedurften der Unterstützung. Das Renteneintrittsalter von siebzig Jahren war mit Bezug auf die Lebenserwartung zu hoch. Trotz kontinuierlichen Anstiegs bis 1914 lag die Rente nur bei einem Sechstel des durchschnittlichen Jahresverdienstes und reichte zum Leben nicht aus. Sie musste durch Weiterarbeit, familiäre Unterstützung oder Armenhilfe aufgestockt werden. Invaliden- und Krankenversicherung erbrachten bessere Leistungen, waren aber weitgehend auf Fabrikarbeiter beschränkt. Erwerbsunfähigkeitsrente erhielt nur, wer bereits fünf Jahre versichert war. Die Einführung der Sozialversicherung war von einem Gewinn an Volksgesundheit begleitet. Gesundheitsleistungen wurden vom Staat, den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen erbracht. Gesundheitsämter entstanden, Stadtärzte wurden eingestellt. Die Tuberkulosebekämpfung wurde ausgebaut und die Mütter- und Säuglingsfürsorge verbessert, Schulkinder ärztlich überwacht, Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus bekämpft. Ein Nebeneffekt der dadurch verbesserten Lebenserwartung war die Zunahme der Altersarmut. Armutsfürsorge wurde zunehmend zur Altenfürsorge (14). Die Einsicht war gewachsen, dass bisheriges privates als öffentliches Risiko angesehen werden musste. Allerdings führte der von Wilhelm II. oben erwähnte optimistisch formulierte Weg im Jahr 1914 zu einer Verschiebung der Probleme von der Altenfürsorge zu der von Witwen, Waisen und Invaliden.

B. „Im Frieden, das bedeutet vor 1914. Kurz gesagt, 1914 begann das Zeitalter des Massakers“ (21)

„Es herrschte eine ungeheuere Kriegsbegeisterung, die das ganze Volk ergriffen hatte“. So beschreibt J. Ruch die Stimmung in Waldshut zu Beginn des Ersten Weltkriegs (35). In ihrer detaillierten und lesenswerten Darstellung zum Kriegsausbruch und den folgenden Entbehrungen der Waldshuter Bevölkerung spricht E. Haug von einer durchaus ambivalenten Reaktion in der Stadt (19). Wie sind diese unterschiedlichen Darstellungen zu verstehen? Ch. Geinitz und U. Hinz sind dieser Frage in ihrer Untersuchung über das Augusterlebnis in Südbaden nachgegangen (16). Allein wegen der Nähe zur Frontlinie im Westen kann von einer Kriegseuphorie nicht gesprochen werden. Für die politischen und aristokratischen Eliten, für die Berliner und andere Großstädter mag das Stimmungsbild

zugetroffen haben. In Südbaden befürchtete man eine Invasion der Franzosen und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Immer wieder keimte die Hoffnung auf, der Krieg könne noch abgewendet werden. Nach dem Attentat von Sarajevo war der Oberländer Bote aus Lörrach der Meinung, wegen einiger Fanatiker dürfe der Bogen nicht überspannt werden (16). Auch im Alb-Bote vom 1. August 1914 wird die Hoffnung geäußert, die rollenden Würfel noch aufzuhalten (19). Nicht nur in der Presse, sondern auch in der Bevölkerung schwankten die Stimmungen zwischen nationaler Euphorie und Kriegsfurcht. Mit der Europäisierung des Krieges traten Legitimierung und Kriegsbereitschaft stärker in den Vordergrund. In Südbaden sah man sich in einer Art Opferrolle und führte Krieg aus Notwehr (5). Eine in intellektuellen Kreisen beliebte ideologische Überbauung des Krieges spielte hier nur eine untergeordnete Rolle. In Südbaden kämpfte man für Vaterland, Heimat und Familie, der Krieg im Elsass fand ja praktisch vor der Haustüre statt. Die Opferrolle wurde gestützt durch zahlreiche Gerüchte über Spione und feindliche Saboteure, die auch von der Heeresleitung zur Erhöhung der Kampfbereitschaft gestreut wurden. Sie erreichten Waldshut in einer Weise, dass die Stadtverwaltung dagegen angehen musste (19). Schürten sie doch Unsicherheit und Misstrauen in der Bevölkerung.

Warum werden Begeisterung und große Siege vom katholischen Stadtpfarrer Ruch so betont? Hegte er Sympathie für das Bildungsbürgertum und einen Großteil der mobilisierten Soldaten, die von Euphorie erfasst waren? Sah er nicht die Zweifel und Bedenken der unterschichtigen Bevölkerung? Fühlte er sich dem Teil des Bildungsbürgertums zugehörig, das eine der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands entsprechende politische Macht einforderte? Oder war er nur getreuer Kirchenmann? Im späten 19. Jahrhundert waren die evangelische Kirche infolge der Säkularisierung, die katholische Kirche durch den Kulturkampf und die Unruhen nach dem Konzil von 1868 verunsichert. Beide Kirchen standen unter öffentlichem Druck, ihre nationale Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen (2). 1914 erschienen die „Gedanken zur Kriegspredigt“ in einem amtlichen Kirchenorgan der preußischen Landeskirche. „Es ist falsch, immer von dem Krieg auszugehen. Man muss vielmehr ausgehen von dem Vaterland, für das er geführt wird. Zwischen dem Einzelnen und der Menschheit, zwischen dem Einzelheil und dem Reich Gottes, steht das sittliche Gut des Vaterlandes.“ Gott hat das Volk zum Krieg gerufen. Es ist sein Krieg (4). Kaiser Wilhelm II., der als Landesherr auch die Regierungsgewalt über die preußische Landeskirche hatte, sprach von Gott als „unser Alliiertes im Himmel“ (4). Diesem Kaiser hielt die katholische Kirche die Treue. Ihre Kriegsbegeisterung gründete in der traditionellen Lehre vom Gerechten Krieg (11). Sie ging von einem Verteidigungskrieg aus, sah in ihm einen Aufbruch in eine neue Gesellschaft, sprach von Feindesvernichtung und überhöhte das Heldentum spirituell. „Die kirchlichen Kreise, die diese nationalistischen Tendenzen unterstützten, haben schwere Schuld auf sich geladen“, urteilte 2014 die Deutsche Bischofskonferenz (11).

In Südbaden wurden schon wenige Monate nach Kriegsbeginn die Industriebetriebe auf Kriegswirtschaft umgestellt. Die Gewinne der Rüstungsindustrie stiegen, die der Friedenswirtschaft sanken. Die Summe aller Unterstützungsmaßnahmen für die Kriegsfront in der Heimat wurde in der sogenannten Heimatfront zusammengefasst und ideologisiert. Frauen mussten die zuvor von Männern besetzten Arbeiten übernehmen. Nicht wehrtaugliche Männer zwischen 16 und 60 Jahren hatten im „Vaterländischen Hilfsdienst“ ihrer Arbeitspflicht nachzukommen. Ab 1917 wurden auch Schüler und Jugendwehren für Arbeiten herangezogen. An der Seite von Kriegsgefangenen waren sie in der Landwirtschaft und bei der Lebensmittelverteilung im Einsatz. Zuwanderer aus Ländern der Kriegsgegner wurden sozial ausgeschlossen, häufig interniert (23). 1916 gab es wieder einmal eine schlechte Kartoffelernte. Der folgende Winter ist als „Steckrübenwinter“ bekannt. Die Kohlrübe wurde gängiges Nahrungsmittel. Die Lebensmittelknappheit nahm in diesen Monaten dramatisch zu. Bei unangenehmen Temperaturen verknappte auch noch der Brennstoff. Bis zum Kriegsende verstarben im Deutschen Reich rund eine Million Menschen an Hunger und seinen Folgeerkrankungen (5). Auch in Waldshut war das Ausmaß der Not infolge der Seeblockade durch die Alliierten, durch die versiegende Kriegskasse und der daraus folgenden Inflation mit sinkenden Reallöhnen deutlich zu spüren. E. Haug hat die Not in Waldshut durch anziehende Lebensmittelpreise, den Hungerwinter und die Folgen der Grenzschießung zur Schweiz sehr genau

festgehalten (19). Die Rationierung der Lebensmittel wurde immer restriktiver, Lebensmittelkarten versprachen mehr als zur Verfügung stand. Die Stimmung in der Bevölkerung wurde ständig schlechter, die Luftangriffe kamen immer näher. Hundert Luftangriffe wurden im Ersten Weltkrieg auf badische Städte geflogen. Schon kurz nach Kriegsbeginn wurde Müllheim angegriffen, danach hatte Freiburg 25 Luftangriffe zu ertragen (5). 1915 wurden Karlsruhe, Lörrach, Mannheim und Offenburg Ziel der alliierten Luftschläge. Karlsruhe hatte die meisten Toten zu beklagen. In Waldshut fühlte man sich gegenüber Luftangriffen durch die Nähe zur Schweiz geschützt, vielleicht hatte man aber auch die veränderte Kriegsführung mit Angriffen auf Zivilisten noch nicht verinnerlicht. Die soziale Spaltung in der Gesellschaft nahm zu. Kriegsgewinnler aus der Kriegsindustrie, teils auch höhere Offiziere, konnten sich gut ernähren, der größte Teil der Bevölkerung aber litt Hunger (23). 10 Millionen tote Zivilisten waren in den kriegsführenden Ländern zu beklagen, 9,7 Millionen gefallene Soldaten wurden betrauert, 73 kamen aus Waldshut. Die Zahl der Verletzten lag bei 21 Millionen (33). Das Zeitalter des Massakers hatte begonnen.

Wer waren die Ärmsten der Armen in diesen Jahren? Sicherlich die Frontsoldaten. Dafür mag exemplarisch der Feldpostbrief des Studenten Ludwig Finke aus Freiburg Zeugnis ablegen. Weihnachten 1914 schrieb er an seine Eltern: „Ich wurde am 23. zum Essenholen kommandiert. Wie ich wiederkam, hatte ein Volltreffer meine Deckung zerschlagen. Mein Sitzkamerad Henn, bis zur Hüfte in Regenwasser, war tot; der Schädel durch, und ein Splitter im Rücken“ (44).

C. „Revolution war das Kriegskind des 20. Jahrhunderts“ (21).

Die Revolutionen, die nach dem 1. Weltkrieg nicht nur Europa erfassten, waren ein Aufstand gegen den Krieg (21). Einflüsse der Russische Revolution von 1917 griffen nach Westen über, obwohl die siegreichen Alliierten mit der Gründung nationalistischer Staaten dagegen angingen. 1918 wurde Mitteleuropa von politischen Massenstreiks und Antikriegsdemonstrationen erfasst. Von Wien, Budapest, Böhmen und Mähren griffen die Unruhen auf Deutschland über (21). Sie waren Ausdruck einer verlorengegangenen Moral der kämpfenden Truppen und beschleunigten deren Niedergang (21). Anfang November 1918 griff die revolutionäre Bewegung vom Marinestützpunkt in Kiel auf ganz Deutschland über. Unterstützung fand sie bei den sozialistischen Parteien und den Arbeiterbewegungen, auch bei den Arbeiterbildungsvereinen. Um der „Revolution von unten“ zuvorzukommen, einigten sich der Kaiser, seine Regierung und die oberste Heeresleitung auf eine „Revolution von oben“, d. h. eine vom Parlament getragene Regierung. Ihr wies man die Aufgabe zu, die demütigenden Bedingungen für eine Beendigung des Krieges auszuhandeln und vertreten zu müssen (17). Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens war der Zentrumsabgeordnete M. Erzberger, beheimatet in der Nähe von Reutlingen. In seinen Erinnerungen an die zynische Informationspolitik und Zensur der Heeresleitung vor dem Waffenstillstand schreibt er: „ Alle Schilderungen über Mangel im deutschen Volk, seine Unterernährung, sein Leid und Darben, wurden verpönt und verboten. Deutsche Ärzte und Wissenschaftler mussten schreiben, dass es für den Deutschen gesund sei, wenn er weniger als vor dem Krieg esse“ (17). Ein Jahr nach dieser Niederschrift wurde er 1921 in Bad Griesbach von rechtsextremen Mitgliedern der Organisation Consul ermordet.

Mit Ausbruch des ersten Weltkrieges hatten sich in Baden alle Parteien an der Burgfriedenspolitik beteiligt, politische Differenzen wurden zurückgestellt. Doch schon 1915 machte sich in der badischen SPD Widerspruch breit, der 1917 zur Spaltung der Partei führte. Der rebellierende schwächere Flügel, die USPD, vor allem in den Industrieregionen stark, beendete damit die Einheit der Arbeiterbewegung (13). Angesichts dieser Entwicklung rückten 1917 auch die Mehrheitssozialdemokraten, die MSPD, von der Burgfriedenspolitik ab. Bei der kriegsbedingten Verschlechterung der Versorgungslage der Arbeiter und der unterschichtigen Bevölkerung gab es dazu keine glaubwürdige Alternative. Lohnungleichheit in der Kriegs- und Nichtkriegsindustrie, sinkende Reallöhne, Mangelernährung, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, führten ab 1917 zu Arbeiterunruhen im nördlichen Baden. Um die Arbeiterschaft nicht zu verlieren, strebten SPD und Gewerkschaften eine Verfassungsreform mit Verhältniswahlrecht und die Demokratisierung der

Gemeindeordnung an. Sie sollten zur Verbesserung der Missstände beitragen. Die badische Regierung dagegen wollte Reformen auf die Zeit nach Kriegsende vertagen (13). Die zögerliche Haltung der Regierung, materielle Ungerechtigkeiten in der Armee und die Niederlage im Krieg trugen mit dazu bei, dass sich Anfang November 1918 aus Mitgliedern der Lahrer und Offenburger Garnison Soldatenräte, in Mannheim und Karlsruhe Soldaten- und Arbeiterräte bildeten. Wie bei den Aufständischen in Kiel, hatten die Soldaten zunächst keine materiellen Forderungen, sondern traten für Presse- und Redefreiheit, eine verbesserte Behandlung und Unterbringung in den Kasernen, Einstellung des Fronteinsatzes und Freilassung inhaftierter Kameraden ein. Bahnhöfe, Banken und Poststellen wurden besetzt (38). Proteste gegen Lebensmittelknappheit, Hunger und niedrige Löhne taten sich mehr in den sozialdemokratisch dominierten Arbeiterräten kund. Der fehlende Widerstand in der Bevölkerung gegen das Vorgehen der Räte lag an dieser Mangelversorgung. Gemeinschaftliches Anliegen aller war aber der Einsatz für den Frieden. Infolge der Kriegsniederlage und der Novemberrevolution dankten Kaiser Wilhelm II. am 9. November, Großherzog Friedrich II. am 22. November ab. Erst danach und mit Verzögerung kam es Ende November 1918 auch in Waldshut zur Gründung eines Soldaten- und Arbeiterrates. E. Haug berichtet über die vergeblichen Bemühungen des Bürgermeister Kupferschmid, den politischen Einfluss dieser Gruppierung in einem Bürgerrat einzufangen (19). Bereits am 10. November hatte sich in Baden eine Volksregierung gebildet, am 22. November eine Landesversammlung aller Räte. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung kam es im Dezember in Waldshut zur Bildung eines Volksrates. Aufgabe eines Volksrates sollte es sein, die Angelegenheiten des öffentlichen Lebens zu überwachen und für die Aufrechterhaltung der neu gewonnenen Volksrechte zu sorgen. Durch die Beteiligung bürgerlicher Gruppen war der Volksrat breit aufgestellt. Lebensmittelversorgung, Lohnfragen, Wohnraumnot und Ladenschlusszeiten waren wichtige Bereiche, mit denen er sich beschäftigte. Er vergab auch Aufgaben an den von E. Haug beschriebenen Arbeiterausschuss (19). Es ist leicht nachzuvollziehen, dass es zu Kompetenzstreitereien mit dem Gemeinderat kommen musste. Das badische Innenministerium war gezwungen, schlichtend einzugreifen. Erst durch die Zuwahl zweier Vertreter aus dem Arbeiterrat in den Gemeinderat trat Ruhe ein. Nach Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1919 waren diese als SPD-Vertreter im Rat präsent. Da durch Volksabstimmung die Umwandlung des Großherzogtums in die demokratische Republik Baden beschlossen war, erübrigte sich ein Volksrat nicht nur in Waldshut. Die Revolution hatte ein unblutiges Ende gefunden.

Kein Ende gefunden hatten Mangelversorgung und Wohnungsnot. Der Krieg hatte durch den Bedarf der Armeen und die Einfuhrbeschränkungen Lebensmittel verknappt, Preise und Inflation erhöht und die Reallöhne sinken lassen. Mittlere und untere Lohngruppen konnten die Kosten für Nahrung, Kleidung, Wohnen und Heizung kaum noch tragen. Es kam zu einem Teufelskreis zwischen steigende Mieten und Wohnungsbedarf, zwischen steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen (32). Es gab aber auch gesellschaftliche Kreise, die durch die Gewinne in der Rüstungsindustrie weniger Not litten. Unter anderem gegen diese Kreise richtete sich im Herbst 1919 der „Aufruf an das badische Volk“. Die demokratischen Parteien thematisierten in diesem Aufruf die Ernährungsprobleme und übten scharfe Kritik an Bevölkerungskreisen, die sich täglich Weißbrot, Butter und Eier leisten konnten und sich der Zusammenarbeit mit „Schieber und Schleichhändlern“ verdächtig machten. Die Bauern wurden aufgerufen, die Sicherstellung der Ernährung zu gewährleisten, Arbeiter sollten nicht streiken, die Beamtschaft ihre Pflichten gegenüber dem Staat treu erfüllen und die Jugend sich von ihrer „wahnsinnigen Vergnügungssucht“ befreien. Das „Zusammenwirken aller Organe des Staates, der Schule und der Kirche“ sollten die soziale Ungleichheit, die durch den Krieg zugenommen hatte, angehen (7).

Die revolutionäre Bewegung und die schiefe Not zwangen die Regierung stärker als im Kaiserreich, in die Sozialstaat-, Steuer- und Bildungspolitik einzugreifen (23). 1918 wurde durch Reichsgesetz die Erwerbslosenfürsorge von der Gemeinde auf das Reich übertragen. Die Kommune war gehalten, unterhalb der Erwerbslosenfürsorge Arme zu unterstützen. Anfang 1919 fanden Wahlen zur Nationalversammlung statt. Frauen und Bezieher von Sozialfürsorge hatten erstmals Wahlrecht. Bereits ein halbes Jahr danach wurde eine ausgiebige Sozialgesetzgebung eingeleitet. Die Verfassung

des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ordnete die Wirtschaft nach Grundsätzen der Gerechtigkeit. Soziale Grundrechte und -pflichten wurden erstmals in die Verfassung übernommen. Von 1920 bis 1925 wurde der Spitzensteuersatz von sechs auf 60 Prozent erhöht. Die Ausgaben für soziale Projekte stiegen deutlich an. Altersrenten, Invaliden-, Kriegerwitwen- und Kriegerwaisenrenten mussten verbessert, die Ausgaben für Arbeitslosen- und Sozialhilfe erhöht werden (23). Zu den Grundsätzen öffentlicher Fürsorgeleistungen zählte nicht nur das unbedingt Notwendige zum Lebensunterhalt, sondern auch die Erhaltung von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Die Unterstützung war auf vier Gruppen ausgerichtet: erstens anerkannte Hilfsbedürftige, die mit dem notwendigen Lebensbedarf versorgt wurden, zweitens Klein- und Sozialrentner mit privilegierten Fürsorgeleistungen zur Annäherung an ihre früheren Lebensverhältnisse, drittens Kriegsoffer, ihnen wurden privilegierte Leistungen zuerkannt, und viertens Arbeitsscheue und unwirtschaftliche Hilfsbedürftige, denen sehr beschränkt geholfen wurde. Sie erhielten nur „das zur Fristung des Lebens Unerläßliche“ (36). Die Gliederung in vier Gruppen war bedeutsam, da vor allem die Gruppe der Kriegsoffer mit ihrem Anspruch auf staatliche Hilfeleistung nicht mehr dem Argument der „selbstverschuldeten Armut“ unterworfen waren. Fürsorge bekam einen anerkannten sozialen Charakter und diente dem Wohl der Gemeinschaft (32).

D. „Abgesehen vom Krieg war Arbeitslosigkeit die meistverbreitete, heimtückischste und zersetzendste Seuche unserer Generation“ (21).

Mit Kriegsende waren rund sechs Millionen Soldaten zurückgekehrt und mussten während des schwierigen Umbaus der Industrie von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Anfang 1919 waren über eine Million Menschen in Deutschland ohne Arbeit. Seit 1918 gab es, wie erwähnt, die staatliche Fürsorgepflicht für Erwerbslose (14). Aktive Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit waren die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden, Kurzarbeit, eine Wiedereinstellungspflicht der Kriegsteilnehmer, Entlassung der im Krieg eingestellten Frauen und die Ausweisung ausländischer Arbeitskräfte. Zum Ende des Jahres 1919 war die Arbeitslosigkeit mehr als halbiert. Doch ein anderes Problem tat sich auf. Der Finanzbedarf für die Reparationsleistungen und die Sozialausgaben für erwerbslose Soldaten, Kriegsoffer und Hinterbliebene führte zu einem Schuldenberg und zur Hyperinflation. Die ausgabenorientierte Politik hatte einen Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge. Sie betrug 1924 erneut fast eine Million. Die Einführung von Renten- und Reichsmark 1923/24 und die Bereitstellung der Dawes-Anleihe durch die Vereinigten Staaten bewirkten eine wirtschaftliche Erholung, aber keinen nachhaltigen Abfall der Arbeitslosigkeit. Sie sank 1925 zwar um etwa ein Drittel. Die Nachteile der vorausgegangenen Inflationskonjunktur, die zu Strukturverzerrungen geführt hatte, wirkten fort. Verschärft wurde die Lage durch die wirtschaftlichen Einbrüche infolge der Ruhrbesetzung, eine nachlassende Auslandsnachfrage und Eingriffe der Reichsbank zum Schutz der Währung. Sie ließen die Arbeitslosigkeit 1926 sprunghaft auf zwei Millionen ansteigen. Die Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung war 1927 unumgänglich. Von 1926 bis 1928 kam es zwar zu einem erneuten Konjunkturaufschwung, der aber anleihefinanziert war. Die Arbeitslosigkeit sank auf 1,3 Millionen. In diese Zeit fällt das Bemühen der Stadt Waldshut, Industriebetriebe, bevorzugt aus der Schweiz, anzuwerben. Der gewachsenen Struktur der Stadt gemäß wurde auf den Ausbau der Textilindustrie Wert gelegt. Ein weiterer Schwerpunkt war die Förderung der Elektrizitäts- und Erdgasversorgung (27). Die „Goldenen Zwanziger Jahre“, die von 1924 bis 1928 angesetzt werden, hatten wirtschaftlich kein stabiles Fundament. Golden waren sie im Vergleich zu den Nachkriegsjahren bis 1923 und in Anbetracht der kulturellen und wissenschaftlichen Blüte in Deutschland. Die wirtschaftliche Lage war so labil, dass 1925 trotz sinkender Arbeitslosigkeit immer noch 4700 Badener auswanderten.

E. „Nichts regt sich in hiesiger Stadt, dem Wohnungselend zu steuern“ (26).

Bei E. Haug finden wir die Warnung des Waldshuter Bürgermeister Kupferschmid aus dem Jahr 1920 vor einem Zuzug in die Stadt (19). M. V. Miltenberger berichtet von langatmigen Bemühungen des Gemeinderates, mit dem Bauverein ein Bauprogramm zu erstellen und durchzuführen (26). Es war zu

Beginn der zwanziger Jahre, als die Stadt mit Kriegsheimkehrern, Flüchtlingen aus dem benachbarten Frankreich, Heiratswilligen und jungen Familien bei deren Wohnungssuche überfordert wurde. Es fehlten vor allem Klein- und Arbeiterwohnungen, in den deutschen Städten etwa 800 000 Einheiten (34). In Waldshut betrug die Wahrscheinlichkeit, eine Wohnung zu finden, unter ein Prozent. Der Staat versuchte steuernd einzugreifen, aller Wohnraum wurde der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt. Tragbare Mieten, soziale Verantwortung und gezielte Förderung waren das Ziel. Da private Investitionen fehlten und Rohstoffknappheit herrschte, wurden gemeinnützige Wohnungsunternehmen und Bausparkassen gefördert und mit Kapital und Bürgschaften gestützt. Die Hyperinflation brachte die Bautätigkeit erneut zum Erliegen, Mietpreissperren traten in Kraft. Kredite und Mieterträge wurden entwertet. Nach der Währungsreform 1924 reichte die Förderung durch die zu knappen öffentlichen Haushalte nicht mehr aus. Eine Hauszinssteuer wurde eingeführt, die jene Hauseigentümer traf, die durch die Inflation praktisch entschuldet worden waren. Diese Steuer floss den Kommunen zu, sollte Neubauten fördern und Mieter entlasten. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen und Baugenossenschaften wurden von der Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögenssteuer befreit, was deren schnelle Zunahme in dieser Zeit erklärt (34). Während etwa 30 Prozent der Baukosten durch Hypothek und Eigenkapital gedeckt waren, steuerte die öffentliche Hand rund 70 Prozent bei. In Waldshut dauerte es noch bis 1927, dass Baracken und Eisenbahnwagen als Wohnraum verschwanden. Die gut 10 Prozent wohnungssuchenden Haushaltungen hatten nun eine Zukunftsperspektive. Gebaut wurde im Westen der Stadt und im Schmitzinger Tal (19). Auch das Krankenhaus erhielt 1928 einen Neubau, trotz innerstädtischer Meinungsunterschiede und Streitereien darüber.

F. „Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht“ (28).

Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland reicht in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Das einleitende Zitat geht auf L. Otto-Peters zurück, die mit einer politischen Zeitschrift und einer Bildungsoffensive der Bewegung wichtige Impulse gab. Nach Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins Ende der sechziger Jahre kam es zunächst zu einem polemischen gesellschaftlichen Disput über die Rolle der Frau. Längst nicht alle Frauen nahmen Anstoß an Formulierungen, die in der „lieben Frauenwelt eine glückliche, stille, grüne Oase, ein Quell der Lebenspoesie, ein Rest aus dem Paradiese“ sahen (28). Als sich Ende des Jahrhunderts der „Bund Deutscher Frauenvereine“ gründete, waren Gleichberechtigung und Frauenstimmrecht noch ein Fernziel. Die bürgerliche Frauenbewegung grenzte sich von der proletarischen Frauenbewegung ab, die den sozialen Status der Arbeiterinnen nicht nur mit reformerischen Bemühungen verbessern wollte. Trotzdem hatten sie gemeinsame Ziele: politische Gleichberechtigung, Recht auf Erwerbsarbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen, Mutterschutz, privatrechtliche Gleichstellung und gleiche Bildungschancen (28). Das konnte den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nur verschärfen. Die Berufarbeit wurde immer stärker zum Fundament für Gleichberechtigung und politischer Gestaltungsmöglichkeit. Während die proletarische Frauenbewegung sich stark auf Sozialpolitik konzentrierte, setzte sich die bürgerliche Frauenbewegung zunehmend für Wohlfahrts- und Fürsorgearbeit ein und bekannte sich ausdrücklich zu den bürgerlichen Moralvorstellungen. Die Frauenbewegung in Baden gab sich wenig radikal. Sie war geprägt von einem Frauenbild, das von der Großherzogin Luise geprägt worden war, die 1923 verstarb. Es war ein mütterliches Bild, die Frauen sollten staatliche Aufgaben unterstützen. Während im Norden Deutschlands die Frauen stärkeren Zugang zu kaufmännischen Berufen und zur Verwaltungstätigkeit erreichten, orientierten sich die Frauen in Baden mehr am Ausbau der Kinderbewahranstalten und Kindergärten. Viele wurden Kinderpflegerinnen und Krankenschwestern. Ehemalige Arbeitsschwerpunkte für Frauen wie Textil-, Tabak- und Uhrenindustrie hatten an Bedeutung verloren. Im südbadischen Raum hatte die proletarische Frauenbewegung kein Standbein, die Strukturen der links orientierten Parteien waren hier zu schwach. Zwischen 1922 und 1926 verlor der Waldshuter Ortsverband der SPD die Hälfte seiner Mitglieder (19). Dagegen gewann das katholische Frauenbild in Südbaden und damit auch in Waldshut an Einfluss. Es war religiös geprägt und orientierte sich an der Marienverehrung. Die Frau

als „Mutter des Lebens“ hat die Hauptlast der Fortpflanzung zu tragen, sie galt von ihrem Geschlecht her stärker geprägt als der Mann (10). Das engte den Raum für die Ziele der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung ein und stärkte Argumente gegen die Emanzipation. Eine radikale Stimme mag das verdeutlichen. Arnold Runge, Professor in Heidelberg und Mitglied des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation, sah in der Frauenbewegung eine „Bewegung, die sich zusammensetzt aus alten Mädchen, sterilen Frauen, Witwen und Jüdinnen, die aber, welche Mütter sind und die Pflichten der Mütter erfüllen, sind nicht dabei“ (28).

G. „An den Straßenecken standen die arbeitslosen jungen Männer oder Kinder aus elenden Familien und vom Krieg übrig gebliebene Krüppel“ (40).

Eine badische Zeitzeugin verdeutlicht mit dieser Schilderung, dass es eine der Hauptaufgaben des badischen Staatsministeriums zu Beginn der Zwanzigerjahre war, sich als sozialer Fürsorger zu bewähren. Politische Bedrohung kam von links wie rechts. Die Zulassung der Frauen zum Studium, ihr Wahlrecht, der Zugang zu öffentlichen Ämtern und die Ausbildung vor allem für soziale Berufe gehörten zu den Schwerpunkten der badischen Regierung. Arbeitslosigkeit und Hyperinflation führten 1923 in Südbaden zu einem Aufstand, der im September auch auf Säckingen und Waldshut übergriff. Arbeiter hatten eine Verdreifachung ihres Lohnes gefordert. Ihre Löhne wurden zumeist täglich ausbezahlt, in Aktentaschen schnell nach Hause getragen und möglichst umgehend in Nahrungsmittel umgesetzt. Sehr oft war die Inflation aber zwischenzeitlich weiter fortgeschritten und der Kaufmann an einem Verkauf nicht mehr interessiert. Die badische Regierung sah in dem Aufstand einen kommunistischen Putschversuch und schlug ihn mit Gewalt nieder. Am Landgericht Waldshut fanden 1923 zahlreiche Verurteilungen wegen Landfriedensbruchs statt (25). In diese Notzeit hinein, wurde Ende 1924 die öffentliche Armenfürsorge neu geregelt. Die Reichsfürsorgepflicht-Verordnung bestimmte, dass das Aufenthaltsprinzip das Prinzip des Unterstützungswohnsitzes ersetzte. Die bisherigen Träger der Armenfürsorge, die Landes- und Bezirksfürsorgeverbände, übernahmen nun auch die Fürsorge der Kriegsoffer, der Rentner der Invaliden- und Angestelltenversicherung, der Schwerbeschädigten und hilfsbedürftigen Minderjährigen. (43). Die öffentliche Fürsorge, die immer wieder Probleme mit der Finanzierung hatte, lag in Baden auch weiterhin bei den Gemeinden. Diese erhofften sich Entlastung durch die freie Wohlfahrtspflege, die aber zu jener Zeit durch die Inflation, die politischen Unruhen und durch Diskreditierung in Schwierigkeiten war. Zahlreiche Stimmen forderten eine Überführung in öffentliche Betriebe des Staates oder der Kommunen. Frei organisierte Wohltätigkeit sei diskriminierend. Letztlich setzte sich aber die Einsicht durch, dass Kooperation zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege der richtige Weg war. Diese Einsicht förderte auch die Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände untereinander. Die Arbeiterschaft organisierte ihre Sozialarbeit seit 1919 in der „Arbeiterwohlfahrt.“ 1924 schlossen sich Innere Mission, Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Fünfter Wohlfahrtsverband - später nannte er sich Paritätischer Wohlfahrtsverband-, Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Zentralwohlfahrtsausschuss der christlichen Arbeiterschaft zur „Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland“ zusammen. Die Arbeiterwohlfahrt wollte zunächst eine Verstaatlichung der Wohlfahrtsverbände abwarten (43). Freiwillige Kräfte zu gewinnen, wurde für die freien Verbände allerdings zunehmend schwierig. Die Frauen bevorzugten eine berufliche Tätigkeit und die Sozialarbeit setzte immer mehr eine berufliche Ausbildung voraus. Notleidende Kinder waren Schwerpunkt der Arbeit bei den konfessionellen Verbänden, Gesundheitsfürsorge und Gefährdetenbetreuung weitere Tätigkeitsfelder der Verbände. Mitte der Zwanzigerjahre klafften Arbeitsproduktivität und Lohnniveau deutlich auseinander. Die Reichsregierung der demokratischen Mitte hatte unter dem Zwang der politischen Instabilität die Löhne steigen lassen, die Inflation aber bekämpft. Dadurch sank die Investitionsbereitschaft der Arbeitgeber. Die Arbeitslosigkeit stieg erneut. Auch das Zinsniveau stieg und lockte Fremdkapital ins Land, vor allem aus den USA. Die „Dollarscheinblüte“ begünstigte die Rückzahlung der Reparationen und eine Modernisierung der Wirtschaft, bereitete aber auch den Boden für die Wirtschaftskrise ab 1929 (37).

H. „Die familiären Strukturen waren irreversibel umgegraben“ (8).

Auch wenn die Frauen nach dem ersten Weltkrieg mit der Rückkehr ihrer Männer Arbeitsstellen räumen mussten, entstand ein nicht mehr mit den früheren Jahren vergleichbarer Familienverband. Die Zahl der Geburten war rückläufig, die Haushalte wurden kleiner, die Heiratsquote stieg. Auffallend für die Landbevölkerung in Baden war die Zunahme der Scheidungen, waren doch zwei Drittel der Bevölkerung Badens katholisch (8). Neben ihrem Recht auf Arbeit gingen die Frauen auch stärker ihren individuellen Vorstellungen nach. Zwar arbeiteten immer noch etwas mehr Personen in der Land- und Forstwirtschaft als in der Industrie, aber die Industrie wurde zur entscheidenden Stütze der badischen Wirtschaft. Textil-, Papier- und Holzwirtschaft hatten in Baden Tradition, die Orientierung hin zu zukunftssträchtigen Bereichen wie Maschinen- und Fahrzeugbau, Feinmechanik, Elektronik und Optik gaben zusätzliche Impulse. Typisch für Baden waren, vor allem in der Landwirtschaft, die hohe Zahl an Nebenerwerbstätigen und die Zahl berufstätiger Frauen. 40 Prozent der Frauen waren erwerbstätig. Die Rate lag um fünf Prozent über dem Reichsdurchschnitt (8). Arbeiter waren die stärkste Gruppe unter den Erwerbstätigen, mit Abstand folgten Selbständige und Angestellte. Wie anderswo war die Zahl der pendelnden Industriearbeiter in Waldshut mit bis zu 50 Prozent sehr hoch (8). Der Ausbau der badischen Elektrizitätsversorgung entlang des Rheins und im südlichen Schwarzwald, des Lonzawerkes und der Seidenfabrik Geßner waren für die Stadt sehr bedeutsam (27). Vorbildlich für die damalige Zeit waren in Baden seine demokratische Tradition, die Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Anerkennung der Gewerkschaften, die Durchsetzung des Achtstundentages und der Vierzigstundenwoche. Durch diese Errungenschaften konnte das Land die Rezessionsjahre mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, sinkenden Reallöhnen und nachlassender Kaufkraft besser als andere Regionen im Reich bewältigen (8). Baden ging weniger labil in die „Goldenen Zwanziger“ als Reichsgebiete, die nur von der Einführung der Rentenmark, von USA-Krediten und vom Aufschwung der Weltwirtschaft profitiert hatten.

I. „Großmama tanzte in fast kniefreiem Rock mit Bubikopf mit jungen Männern in der Diele, im Hotel, im Kaffeehaus: überall, wo Gelegenheit war“ (30).

Die „Goldenen Zwanziger Jahre“ umfassen den Zeitraum 1924 bis 1929. Geprägt wurden sie durch einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung in den Industrieländern, in Deutschland auch durch eine Blüte der Kunst, Literatur und Wissenschaft. Neue Stoffe bestimmten die Mode, Rundfunk, Film und Kino beherrschten die Massen, große Sportveranstaltungen fanden begeisterten Zuspruch. Ein kriegsbedingter Frauenüberschuss und deren beruflicher Aufstieg bestimmten das selbstbewusste Auftreten der „neuen Frau“. In konservativen Kreisen stieß das auf Ablehnung. Nicht nur in Berlin konnten die Frauen ihrer neuen Rolle nachgehen, auch Stuttgart gab ihnen den Freiraum. In den Darstellungen der Waldshuter Geschichte findet sich wenig über diese gesellschaftlichen Veränderungen. Dem Buch über die Geschichte der Waldshuter Chilbi ist jedoch zu entnehmen, dass in dieser Zeit Tanzveranstaltungen ein Schwerpunkt der Feier waren und dass 1927 eine Frau den Chilbiboock gewann (42). Auch auf einem Bild der Junggesellenreise 1926 sind Frauen zu erkennen. Leider führten diese Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs zu keiner Festigung der Weimarer Republik. Das Misstrauen aus verlorenem Krieg und Inflation wirkte nach. „Und der ganze Duft übersteigerter Erotik und Inflationsverbrechen und Gewohnheiten stob davon wie eine Staubwolke vor dem reinigenden Wind“, schreibt H. Ostwald (30).

J. „Von all den Mysterien der Börse ist keines so undurchsichtig wie die Frage, wo finden sich Käufer für all die, die verkaufen wollen“ (37).

Ende der Zwanzigerjahre wurde Waldshut erstmals in eine globale Finanzkrise einbezogen. Die Boomjahre hatten in den USA zu kritiklosen Börsenspekulationen geführt. Bereits ab September 1929 fielen die Aktienkurse. Ende Oktober fielen die Kurse dramatisch, was Anleger und Banken schwer belastete. Der Staat griff nicht ein, er vertraute den Gesetzen des Marktes. Kredite wurden nicht mehr vergeben, Produktionsbeschränkungen und Arbeitslosigkeit waren die Folge. Innerhalb von drei Jahren halbierte sich das amerikanische Bruttosozialprodukt. Auch in Deutschland wurde an der Börse spekuliert, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie in den USA. Die Reparationskosten hatten die Reichsregierung aber gezwungen, in den USA günstige Kredite aufzunehmen. Auch die

Privatwirtschaft bediente sich dieser Quelle. Die notleidenden Banken in den USA forderten kurzfristig ihr Geld zurück. Die Kreditnehmer gerieten in erhebliche Engpässe. Sparer gerieten in Panik und räumten die Konten leer. Einfuhrhindernisse wurden in vielen Staaten aufgebaut, um die eigenen Produzenten zu schützen. Die deutsche Exportwirtschaft wurde hart getroffen, Banken brachen zusammen. Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit waren die Folge, auch bei den staatlichen Beamten. Die sich daraus ergebenden Soziallasten waren für die Kommunen nicht mehr tragbar. Ein allgemeiner Sparzwang verschärfte den Abschwung. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich bis 1930 auf 16 Prozent, 1932 lag sie bei 5,6 Millionen. Es waren die Familienväter und -ernährer, die betroffen waren. Es fehlte das Allernötigste zum Leben. Mit Notstandsspeisungen und Wärmehallen waren die Gemeinden bemüht, das Schlimmste abzuwenden. Die steigende Selbstmordrate sprach dagegen. Das war der Nährboden für den Aufschwung der radikalen Parteien (9). Auch Baden war von der Krise schwer getroffen. Die Industrieproduktion sank und die Arbeitslosigkeit nahm zu, allerdings weniger stark als im Reich. Betrug sie Ende 1932 im Reich 27 Prozent, so lag sie in Baden bei 16 Prozent. Hier gab es mehr Klein- und Mittelbetriebe, die besser anpassungsfähig waren, ihr gut ausgebildetes Personal behalten wollten und Kurzarbeit bevorzugten. Da viele Arbeitnehmer in Südbaden Nebenerwerbslandwirte waren, widmeten sie sich nun mehr dieser Tätigkeit, bauten Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Obst für den Eigenbedarf an. Dazu betrieben sie Viehwirtschaft und Futteranbau (24). Dieser Erwerbszweig war umso wichtiger, weil die badische Wirtschaft strukturelle Schwächen zeigte. Metallverarbeitung, Holz-, Textil- und Tabakindustrie hatte schon vor der Krise nur geringe Wachstumsraten, dazu kam die „Grenzlandnot“. Baden hatte an seiner Westgrenze eine entmilitarisierte Zone, musste Flüchtlinge aus Elsass-Lothringen integrieren und hatte Absatzmärkte in dieser Region verloren. Die Uhrenindustrie in der Nachbarschaft von Waldshut erlebte einen starken Einbruch. Einige Hersteller mussten Konkurs anmelden. 1932 trat eine leichte Erholung ein, die Talsohle war durchschritten, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen. 1929 holte die NSDAP 7 Prozent der Stimmen, die doppelte Zahl auffälligerweise in der Universitätsstadt Heidelberg. 1932 war der Stimmanteil der NSDAP in Baden mit 37 Prozent etwas höher als im Reich. Erklären lässt sich das mit den Problemen der Grenzlage, aber auch mit Aktivitäten der Partei. Sie hatte bereits in den Krisenjahren zuvor gut organisierte Ortsgruppen aufgebaut (12). In Waldshut hatte die NSDAP bei überwiegend katholischer Bevölkerung mit etwa 17 Prozent ein weniger gutes Ergebnis. 1933 wählte aber auch hier jeder Dritte diese Partei, der Stimmanteil hatte sich fast verdreifacht. Das Zentrum blieb aber knapp stärkste politische Kraft.

K. „Gerechtigkeit und Duldsamkeit müssen oberstes Gesetz in der Arbeit der Stadtgemeinde sein“

Konrad Adenauer sprach diese Worte Ende 1929. Die kommunale Selbstverwaltung wurde immer wieder infrage gestellt und von ihm verteidigt. Die Reichregierung hatte im Rahmen ihrer Sparpolitik vor, die Selbstverwaltung der Kommunen auf eine reine Exekutive des Staatswillens zu reduzieren. Radikale Kreise warfen den Städten eine Überschuldungspolitik vor. In seiner Verteidigungsrede weist der damalige Oberbürgermeister von Köln darauf hin, dass in seiner Stadt die Kosten von 1928 bis 1932 allein für die Erwerbslosen um 24 Millionen Mark pro Jahr gestiegen waren. Gleichzeitig sank die Reichsüberweisungssteuer von 39,2 auf 8,7 Millionen Mark. Das zeigt, in welchen finanziellen Engpässen die Kommunen waren, als es ein Heer von Arbeitslosen zu versorgen gab. Während Sozialdemokraten und sozial ausgerichtete Katholiken erhöhte Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung forderten, waren wirtschaftlich orientierte konservative Parteien für eine Kürzung der finanziellen Zuwendungen. An diesem Streitpunkt zerbrachen die Koalition und damit die Weimarer Republik. Überbrückend regierte der konservative H. Brüning als Reichskanzler unter der Präsidialdiktatur von P. v. Hindenburg.

Nach dem 1. Weltkrieg hatte die Einführung der Erwerbslosenfürsorge dafür gesorgt, dass die Gemeinden Arbeitslose außerhalb der diskriminierenden Armenfürsorge unterstützen mussten. Im Einzelfall hatte die lokale Verwaltung aber große Spielräume in der Gewährung dieser Unterstützung. Jugendliche, Frauen und Langzeitarbeitslose waren häufig ausgeschlossen und mussten auf familiäre Hilfe hoffen oder die lokale Armenfürsorge bemühen. Dort wurden sie als arbeitsfähige

Arme nicht selten abgewiesen. Ihnen wurde Arbeitsunwille unterstellt, Unterstützung verweigert oder an die Übernahme unbezahlter Pflichtarbeit gekoppelt (1). Das konnte auch die 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung nicht vollständig ändern, die die Erwerbslosenfürsorge ersetzen sollte. Immerhin bestand nun ein Rechtsanspruch auf Hilfe. Auch war die Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung eine Form der Selbsthilfe, die dem erworbenen Lebensstandard angepasst war. Die Armenfürsorge dagegen war Fremdhilfe und bezog sich auf den lebensnotwendigen Bedarf. Durch die Integration in die Sozialversicherung wurde Arbeitslosigkeit zwar als legitime Ursache von Bedürftigkeit anerkannt, die Spaltung in würdige und unwürdige Armut aber nicht behoben. Die finanziellen Engpässe der Kommunen, auf die Konrad Adenauer hingewiesen hatte, führten in dieser Zeit zu Notverordnungen, die den Rechtsanspruch auf Leistung aus der Arbeitslosenversicherung einschränkten. Betroffene mussten sich erneut an die kommunale Armenfürsorge wenden. Stimmen wurden laut, die Gesetze forderten, verwarloste und gemeinschädliche Personen zu internieren. Es sank die Bereitschaft, arbeitsfähige Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen (1).

L. „Wir schweigen und arbeiten“.

Diese Worte waren Leitsatz für den „Jungdeutschen Orden“, ein nationalliberaler Jugendverband in der Weimarer Republik. Aus unterschiedlichen Motiven hatten sich schon nach dem 1. Weltkrieg Bestrebungen gezeigt, die bei dem Nachkriegsverbot des Militärdienstes einen Ersatzdienst für ehemalige Soldaten und Arbeitslose forderten. Als Maßnahme einer produktiven Arbeitslosenfürsorge war der „Freiwillige Arbeitsdienst“ (FAD) gedacht und in diesem Sinne von der Regierung Brüning gefördert worden. Die „Arbeitsdienstplicht“ dagegen wurde von Kreisen favorisiert, die politisch rechts einzuordnen, mit der Friedensreglung nicht einverstanden waren und eine autoritäre bis totalitäre Ideologie vertraten. So erhob der „Stahlhelm“ schon frühzeitig die Forderung nach einer Arbeitsdienstplicht (3). Die Entscheidung der Regierung Brüning für den FAD stützte sich auf ein Gutachten, das die produktive Verwendung der Arbeitslosenunterstützung und sozialpädagogische Gesichtspunkte, wie die Erhaltung und Förderung der beruflichen Fertigkeiten, vor allem bei Jugendlichen, betonte. Die finanzielle Unterstützung für den FAD erfolgte aus der Arbeitslosenversicherung, war auf 20 Wochen begrenzt und nur für Mitglieder. Die Arbeitsprojekte waren freiwillig und gemeinnützig. Träger erhielten die Finanzierung für Unterkunft, Verpflegung und das Taschengeld für die Willigen (3). Als Träger taten sich Stiftungen, Kirchengemeinden, Genossenschaften und Vereinigungen des öffentlichen Rechts wie Caritas und Diakonie hervor. Die gesicherte Finanzierung war aber auch für Stahlhelm und Wehrverbände ein Grund, sich zu beteiligen. Allen Trägern war gemeinsam, dass sie ihre Teilnehmer durch ein Bildungsprogramm sehr eigennützig schulen wollten. In diesem Sinne wurden auch Siedlungsvorhaben umgesetzt, um entvölkerte Regionen zu besiedeln und landwirtschaftliche Arbeit populär zu machen. Wie reagierten die Freien Wohlfahrtsverbände und die private Armenhilfe auf diese neue Entwicklung? Waren ihnen doch zahlreiche Heimkinder anvertraut. Auch waren sie Anlaufstelle für Hungernde und arbeitsunfähige Arme. Ging doch die Förderung des FAD mit einem gezielten Abbau der allgemeinen Sozialleistungen und einer Schwächung der Sozialpolitik einher. Während des industriellen Aufschwungs um die Jahrhundertwende hatte die berufliche Ausbildung und Qualifikation deutlich an Bedeutung gewonnen, auch war die Erkenntnis gewachsen, dass die Gesundheit der arbeitenden Menschen ein wichtiger Faktor für das wirtschaftliche Wachstum war. Gleiches galt für die soziale Absicherung im Alter und bei Invalidität. Ende der Zwanzigerjahre und mit steigender Arbeitslosigkeit gab es auch bei den Wohlfahrtsverbänden zunehmende Tendenzen, die berufliche soziale Tätigkeit zu diskreditieren und einer unqualifizierten, wenig differenzierenden und unprofessionellen Sozialarbeit das Wort zu reden (31). Der Deutsche Caritasverband sah in der inneren Eignung und Charakterbildung den Mittelpunkt der sozialen Ausbildung und Arbeit. „Vor allem darf nicht das Examen als Berufsbefähigung überschätzt werden auf Kosten der inneren Qualifikation“ (31). Ziel einer beruflichen Qualifikation in den sozialen Berufen sei es doch nur, kirchliche Kräfte auszuschalten. Auch auf evangelischer Seite taten sich vergleichbare Sorgen auf. Dienen und Charakter seien wichtiger als Intellekt, Arbeitsethos bedeutender als Berufsethos (31). Die christliche Liebestätigkeit fand sich Ende der Zwanzigerjahre in einer Abwehrhaltung gegen die soziale

Berufsarbeit. Ehrenamtlich Tätige sollten die dem Sparzwang zum Opfer fallenden Stellen im Sozialdienst nutzen, um kirchlich zuverlässige Arbeit zu leisten. Fachliche Qualifikation war von geringer Bedeutung. Soziale Ausbildungsstätten sollten dem FAD zur Führerschulung überlassen werden. Der Abbau der qualifizierten Sozialarbeit, die geringe oder fehlende Bezahlung, fehlende soziale Sicherung und die Ausrichtung auf Gesinnungsarbeit schädeten neben den Betreuten vor allem den Frauen, war doch die Sozialarbeit vorwiegend von Frauen ausgeführt worden. Hier liegen bereits die Wurzeln für die im Dritten Reich propagierte Rolle der Frau als Mutter, Hüterin von Haus und Herd und als Erzieherin im Sinne einer nationalistischen Ideologie. Gleiches gilt für den FAD, der in Baden dem „Heimatwerk“ entsprach und von der badischen Regierung unterstützt wurde. Noch vor der Machtergreifung hatten die Nazis einen „Verein zur Umschulung badischer Arbeitskräfte e. V.“ gegründet. Nach der Machtübernahme war es seine Aufgabe, das Heimatwerk kurzfristig aufzulösen und dessen offene oder halboffene Lager in geschlossene Lager umzuwandeln (3). Vergleichbares geschah auch in Waldshuter Nähe. In der Umgebung von Hüfingen gab es ein FAD-Lager, das in ein Arbeitspflichtlager der Nazis übergeführt wurde. In Schwerzen bestand ein Arbeitslager, in dessen Baracke 1948 für einige Jahre die „Badische Bauernschule“ einzog.

M. „Wir bekämpfen den Parlamentarismus bei jeder sich bietenden Gelegenheit“ (12).

Dieser Aufruf der NSDAP im badischen Kommunalwahlkampf 1930 in Karlsruhe zeigt eine Entwicklung, die breite Teile der Bevölkerung im liberalen und demokratischen Baden erfasst hatte. Zwei Zeitungen, der „Volksfreund“ und der „Badische Beobachter“, beklagten sich über den anhaltenden Terror der Nationalsozialisten in diesem Wahlkampf und über die Passivität der Polizei gegenüber den Ausschreitungen der SA (12). Die alten Mächte im Kaiserreich - Adel, Militär und Großindustrie - gaben Ende der Zwanzigerjahre ihre Zurückhaltung gegenüber der Reichspolitik auf und forderten eine Revision der parlamentarischen Demokratie und ihrer sozialen Errungenschaften (36). Diese schlummernden Kräfte aus dem rechten Untergrund und die revolutionäre Stimmung vom linken politischen Flügel her, hatte die Weimarer Republik mit ihrem Projekt des Wohlfahrtsstaates im Griff zu halten versucht und damit ihr Bestehen gefestigt. Träger des Wohlfahrtsstaates waren demokratische Kräfte, die hinter der republikanischen Staatsordnung standen, in erster Linie Sozialdemokratie und politischer Katholizismus (36). Die wohlfahrtsstaatliche Klammer zerbrach schon 1929 vor der Weltwirtschaftskrise mit dem politischen Aufstieg der Rechten. Die Massenarbeitslosigkeit, die folgte, entzog dem Wohlfahrtsstaat die materielle Grundlage. Er war nicht mehr Integrationsformel, sondern zum Konfliktherd geworden (36). Mit dem Streit über die Finanznot der Arbeitslosenversicherung begann der Untergang der demokratischen Grundordnung der Weimarer Republik, Jahre bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Auch in Waldshut machte sich eine Wechselstimmung breit. Die Volksschule am Johannisplatz hatte 1930 einen neuen Rektor erhalten. „Ein ausgezeichneter Rektor und Pädagoge, aber ein zentrumsschwarzer und keiner mit dem zeitgemäßen Braunhemd“, zitiert Eugen Hauffe die Stimmung in der Stadt. 1933, nach der Machtergreifung Hitlers, musste der Rektor seine Stellung räumen.

Quellennachweis:

1. Althammer, B. U. A.: Armenfürsorge und Arbeitswille von der Antike bis zur Gegenwart. In: Armut. Primus Verlag 2011.
2. Beese, D.: Kirche im Krieg. Der Erste Weltkrieg als europäische Christentumspraxis. Tagung des Deutsch-Belgischen Bruderrats 2013.
3. Benz, W.: Vom Freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16/4,1968.
4. Brakelmann, G.: Eine kleine Reise durch Kriegspredigten und Kriegsschriften 1914/15. epd Dokumentation GEP Frankfurt a. M.2014.
5. Bräunche, E. O.: Der Krieg an der Heimatfront. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung 3/4, 2013.
6. v. Bruch, R., Hofmeister, B.: Kaiserreich und Erster Weltkrieg 1871-1918. In: Deutsche Geschichte im Quellen und Darstellung. Bd.8. P. Reclam jun. Stuttgart 2015.
7. Brückner, F.: Soziale Situation-Lebensmittelversorgung in Baden. Landesarchiv BW; StAFW 113,Nr.0164.
8. Brückner, F.: Wirtschaft und Soziales in Baden. LEO-BW. Landesarchiv BW 2018.
9. Burchardt, L.: Die Weltwirtschaftskrise 1929. Deutschland & Europa Heft 59,2010.
10. Büttner, A.: Die christliche Frau - Helene Weber und die katholische Frauenbewegung. In: Muschiol, G., Welskop-Deffaa, E.: Helene Weber. Bonn 2014.
11. Deutsche Bischofskonferenz: Die Kirche im Ersten Weltkrieg. 25.7.2014 (123b).
12. Eisele, K.: Karlsruhe in den Krisenjahren der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP 1928-1930. Diss.2003.
13. Engehausen, F.: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806-1918. G. Braun Verlag.
14. Fischer, W.: Armut in der Geschichte. Vandenhoeck u. Ruprecht,Göttingen.1982.
15. Galbraigh, J. K.: Der große Crash 1929. W. Heyne Verlag 1989.
16. Geinitz, Ch., Hinz, U.: Das Augusterlebnis in Südbaden. In: Duppler, J. Gross, GP: Kriegsende 1918. Oldenbourg Verlag 1999.
17. Grote, K., Koch, J. P., Westemeier, S.: Europäische Revolutionen: Revolution 1918/19. Univ. Bielefeld
18. Güll, R.: Bettel und Landstreicherei im Großherzogtum Baden und im Königreich Württemberg. Staatl. Monatshefte BW 12/2013
19. Haug, E.: Waldshut im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik. In: Geschichte der Stadt Waldshut Bd.3. J. Fink Verlag 2004.
20. Henkel, M.: Sozialpolitik in Deutschland und Europa. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen 2002.
21. Hobsbawm, E.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. dtv 1998.
22. Höfert, M.: Freiburger Geschichte in Zitaten. 2013.
23. Kaelble, H.: Mehr Reichtum, mehr Armut. Campus Verlag 2017.
24. Kollmer-v. Oheimb-Loup, G., Ott, H.: Die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen 1929 bis 1933. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd.5. Klett-Cotta Verlag 2007.
25. Lux, H. P.: Die oberbadischen Unruhen von 1923. Allmende. Zeitschrift für Literatur,12,1986.
26. Miltenberger, M. V.: Historisches Stadtbild und Stadtentwicklung Waldshuts im 20. Jahrhundert. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd.3. J. Fink Verlag 2004.
27. Miltenberger, M. V.: Industrialisierung und industrielle Krise. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd.3. J. Fink Verlag 2004.
28. Nave-Herz, R.: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung,1997.
29. Osterhammel, J.: Das 19. Jahrhundert. Informationen zur politischen Bildung 315/2012.
30. Ostwald, H.: Sittengeschichte der Inflation. Neufeld und Henius Verlag,Berlin 1931.
31. Raden, F.: Barmherzige Mächte: über die Entstehungsbedingungen der sozialen Arbeit als Beruf; Sozialversicherung, Wohlfahrtspflege und freie Liebestätigkeit. Centaurus Verlag 2005.
32. Rathmayr, B.: Armut und Fürsorge. Verlag B. Budrich 2014.

33. Reperes: Bilanz in Ziffern des Ersten Weltkrieges.2011.
34. Rottke, N. B., Markmann, H.: Geschichte des deutschen Wohnimmobilienmarktes. In: Wohnimmobilien, Springer Verlag 2017.
35. Ruch, J.: Geschichte der Stadt Waldshut. H. Zimmermann KG 1966.
36. Sachße, Ch., Tennstedt, F.: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd.2. Kohlhammer Verlag 1988.
37. Sachße, Ch., Tennstedt, F.: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Kohlhammer1992.
38. Schmidgall, M.: Die Revolution 1918/19 in Baden. Diss.2010. KIT Scietific Publishing 2012.
39. Senger, M.: Ein Elztäler Tagelöhner-Ehepaar zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Armut im ländlichen Raum während des 19. Und zu Beginn des 20. Jh. Verlag Regionalkultur 2017.
40. Sprick-Hierholzer, H.: Könige müssten Philosophen sein und Philosophen Könige. In: LEMO, Weimarer Republik.2000.
41. Staatsarchiv Freiburg A89/1;750. In: H. Haumann: Armut im ländlichen Raum 2017.
42. Weiß, A.: Die Waldshuter Chilbi in der Weimarer Republik. 2018.
43. Weller, A.: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands. K. Theiss Verlag 1979.
44. Witkop, Ph.: Kriegsbriefe gefallener Studenten. G. Müller Verlag 1928.